Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2009 (Ergebnishaushalt)

Seite 1

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
060101 Förderung von Kindern im Alter von 0 bis 6 0601010030 Förderung von Kindern in städt. Tageseinrichtu 5 Aufwendungen Ansatz 2009: 0,00 Ansatz 2010: 0,00 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Antrag Nr. 95 Amt: 51							0 0									
Änderung Folgejahre Antrag der FDP-Fraktion: Um die Angebotsstruktur der Kindertageseinrichtungen weiter zu flexibilisieren und zu verbessern beauftragt die FDP-Fraktion die Verwaltung zu untersuchen, die Kinderzahl in den Gruppen zu reduzieren. Welche finanziellen Belastungen treten auf, wenn eine Gruppenstärke von unter 20 Kindern bei den 3- bis 5-Jährigen angestrebt wird? Es muss den Einrichtungen die Möglichkeit eröffnet werden, Kinder aus bildungsschwachen bzw. bildungsfernen Familien stärker zu fördern. Reduzierte Gruppenstärken verursachen einen anderen Personalschlüssel. Die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr lehnt die FDP-Fraktion ab. Hinweis der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion: Laut Berechnung des Amtes für Jugend, Schule und Sport ist mit Mehraufwendungen von ca. 1.774.000,00 € zu rechnen. Weitere Erläuterungen siehe Anlage.																

Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag Nr. 95:

Gemäß § 23 Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) werden die Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen auf der Grundlage von Kindpauschalen berechnet. Die Höhe der Kindpauschale richtet sich nach der Gruppenform und der Betreuungszeit. Diese Kindpauschalen berücksichtigen Kinderzahlen, Betreuungszeiten und Personalaufwand.

Da in der Begründung zu dem Antrag auf Kinder im Alter von 3 bis 5 Jahren aus bildungs-schwachen bzw. bildungsfernen Familien Bezug genommen wird, soll beispielhaft in der nachfolgenden Berechnung die Gruppenform III, städtische Trägerschaft, herangezogen werden.

Typ III (Alter 3 Jahre und älter)

Kinderzahl	Wöchtl. Betreuungszeit	Kindpauschale in Euro	Personal
20 Kinder	45 Stunden	6.873,43	49,5 FKS + 49,5 EKS

Würde eine Reduzierung der Kinder pro Gruppe auf 15 Kinder vorgenommen werden, würde der vorgegebene Berechnungsschlüssel innerhalb der Betriebskostenabrechnung um 25 % unterschritten. Das Land würde den Landeszuschuss in diesem Fall nur auf der Grundlage von 75% der entstandenen Betriebskosten bewilligen.

Berechnung A) Regelfall
B) Realisierung durch Unterbelegung

A) Regelfall:

Für den obengenannten Gruppentyp III ergeben sich auf der Basis der Kindpauschalen Betriebskosten in Höhe von 137.468,60 € (20 Kinder x 6.873,43 €)

Der städtische Anteil (Betriebskosten abzügl. Landeszuschuss abzügl. Elternbeiträge) beträgt
70.172 €

B) Realisierung durch Unterbelegung:

Da nach den Bestimmungen des KiBiz nicht zwischen dem pädagogischen und sonstigen Aufwand bei den Betriebskosten unterschieden, sondern insgesamt pro Kind eine Kindpauschale gewährt wird, hat die Unterbelegung direkt zur Folge, dass sich der Landesanteil an den Betriebskosten reduziert und sich der Trägeranteil entsprechend erhöht. Die Einnahme im Bereich Elternbeiträge bleibt unverändert, verteilt sich jedoch auf erheblich mehr Gruppen

Bei einer Reduzierung der Platzzahl von 20 auf 15 Kindern, würde sich der städtische Finanzierungsanteil pro Gruppe um 16.800 € erhöhen.

Derzeit bestehen 43 Gruppen im Typ III. Auf alle Gruppen bezogen würden demnach 722.400 € Mehrkosten entstehen. Weiterhin wären 215 Kinder in ca. 15 neu einzurichtenden Gruppen zu versorgen. Die Kosten für diese Gruppen wären mit ca. 51% über die Stadt zu finanzieren, demnach ca. 137.468 € x 15 = ca. 2.062.000 € x 51% = ca. 1.051.600 €. Hier wird unterstellt, dass der Landesanteil weiterhin 30% beträgt. Ob das Land sich jedoch an den Mehrkosten, unter Hinweis auf die gesetzliche Regelung hinsichtlich der Gruppenstärke beteiligt, ist fraglich. Weiterhin wäre diese Variante mit Neubauten verbunden, die nicht über das Land finanziert werden.

Realisieren lässt sich der Vorschlag nur, sofern sich auch die nicht städtischen Träger an der Umstrukturierung beteiligen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass diese Träger sich nur beteiligen, wenn die Differenz zum gesetzlichen Trägeranteil im Wege eines freiwilligen Zuschusses durch die Stadt Hilden finanziert wird.

Das vorgenannte Modell hat auch gravierende Auswirkungen auf den Ausbau für Kinder unter 3 Jahren, da die Umwandlung von Plätzen erschwert wird und weitere Investitionskosten nach sich ziehen.